



Die Worte und die Welt

Barack Obama wird im Ausland geliebt und im eigenen Land mit seltener Schärfe angefeindet. Der Friedensnobelpreis belohnt nicht sein Handeln, sondern eine Idee und die neue Bescheidenheit der Weltmacht. Aber in der Wirklichkeit stößt der US-Präsident an seine Grenzen.



US-Präsident Obama im Weißen Haus Warum schon nach neun Monaten?

Ein Gemälde, das all die Träume zusammenfasst, die nun in Oslo geehrt werden, ohne dass irgendjemand wissen kann, ob die Träume jemals wahr werden; und zugleich all das Zögerliche, das ganze Zaudernde, das Zweifelnde, das jene diesem Barack Obama unterstellen, die ihn hassen und für einen Blender halten, einen Redner, der nicht handeln kann?

Oder ist es nur ein Gemälde, das den Obamas gefällt, ihre Sorte Humor?

Die Sonne ging dann auf in Amerika, es wurde Morgen, es war der vergangene Freitag, und Barack Obama wurde von seinem Pressesprecher Robert Gibbs geweckt, per Telefon. Dann, so erzählte er es später, kamen seine Töchter ins Zimmer und sagten: „Du hast den Friedensnobelpreis gewonnen. Und es ist Bos Geburtstag“, Bo ist der Hund der Präsidentenfamilie.

Und nach allem, was zu erfahren war, nahm Obama auch die Nachricht aus Europa auf wie alle Nachrichten dieser Tage: milde lächelnd, gefasst, ganz so, als wäre auch diese Nachricht so selbstverständlich wie der Zustand der Welt. „Wow“, das war die erste Stellungnahme des Weißen Hauses, eine E-Mail, ein Wort.

Es war elf Uhr in Washington, als man Obama hinter den Fenstern des Weißen Hauses beobachten konnte. Weißes Hemd, Krawatte, kein Sakko, er telefonierte. Ernst. Kein Lächeln. Es sah aus, als müsste da einer zunächst noch die Welt retten, ehe er sich für die Rettung der Welt preisen lassen durfte.

Dann trat er für zehn Minuten vor die Presse, erklärte, dass er als Realpolitiker „der Welt begegnen“ müsse, wie sie sei, dass dieser Preis aber die amerikanische Führung stärke, den Glauben an amerikanische Ideale, an die Freiheit, und darum nehme er ihn an.

Selten wohl hat ein Preisträger so demütig reagiert wie Barack Obama. Es sei keine Anerkennung für erbrachte Leistungen, das sagte er im Rosengarten des Weißen Hauses, er habe den Preis im Grunde gar nicht verdient. Der US-Präsident machte sich klein, während die Welt ihn groß machte. Er trat ab, ohne Fragen zuzulassen.

Denn die eine, die wesentliche, konnte Obama, noch immer staunend, ohnehin nicht beantworten: Warum er? Warum geht der Friedensnobelpreis 2009 an einen Präsidenten, der erst seit neun Monaten im Amt ist, an einen, der erst zwölf Tage lang im Amt war, als die Nominierungsfrist ablief?

Wieso bekommt diesen Preis ein Mann, der darüber nachdenkt, ob er 40000 zusätzliche Soldaten rund um den Globus schicken soll oder doch lieber Drohnen, die scheinbar saubere Luftangriffe ausführen sollen?

Der Präsident rang mit der Frage, wie er seinen Krieg gewinnen könnte, als die Nachricht vom großen Friedenspreis über den Atlantik kam. Es war die Nacht zwischen jenen zwei Sitzungen, die die Entscheidung bringen sollten, eine kühle, windige Nacht war es an der amerikanischen Ostküste, sanft beleuchtet das Weiße Haus, wo die Obamas wohnen.

Sie haben dort Gemälde aufgehängt, die sie sich aus den Archiven der Museen von

Washington D.C. zusammengelihen haben. Eines dieser Gemälde hat der Kalifornier Ed Ruscha gefertigt.

Es zeigt einen roten Sonnenuntergang, womöglich steht er für die Sehnsüchte von Maler und Betrachter, für Hoffnungen allemal. Darauf, ganz schlicht und groß, die Worte: „Ich denke, ich werde ...“ Und kleiner: „Vielleicht ... ja.“ Und: „Vielleicht ... nein.“ Und: „Beim erneuten Nachdenken ...“ Schließlich: „Aber ...“

Ein Gemälde wie Barack Obama?



Indische Muslime während der Obama-Rede in Kairo: Ende des Kulturkampfes

Und was soll das, einen Redner auszuzeichnen, der die Menschheit wärmt mit Worten von „einer Welt“, in der „wir alle eine bessere Zukunft für unsere Kinder schaffen“, der in Kairo redet und vor den Vereinten Nationen, der glänzend aussieht während dieser Reden, so klar, so ruhig, so unerschütterlich, und dessen Stimme eine Tiefe und einen Sound hat wie die Stimme George Clooneys, der aber noch nichts getan hat, nichts verändert in einer so bedrohlich wirkenden Welt?

Nichts, außer einer Stimmung. Da ist ja nur diese Ahnung.

Die Hoffnung auf eine andere Welt.

Mister President, was machen Sie mit dem Preisgeld, rief einer der Reporter.

Aber Obama ging schon wieder hinein, die Welt retten, im Oval Office standen die Briefings zur Wirtschaftskrise an, dann ein Essen mit Stellvertreter Joseph Biden, dann wieder die Wirtschaftskrise, dann der Gang in den Situation Room, die Schaltzentrale aller amerikanischen Kriege.

Der sogenannte Situation Room ist abhörsicher und fensterlos, er liegt im Erdgeschoss des West Wing. Hier steht Obamas zweiter Schreibtisch. Hier lebt er sein zweites Leben als militärischer Führer der Weltmacht, die im Jahr 2009 zwei sehr handfeste Kriege führt, im Irak und in Afghanistan, und dann noch den kaum greifbaren, den sie in Washington „Krieg gegen den Terror“ nennen.

Der Situation Room, eingerichtet von John F. Kennedy, ist der Kommandostand des Oberbefehlshabers der amerikanischen

Streitkräfte, hier trifft und berät sich Obama mit den Mitgliedern seines Kriegskabinetts. Aus diesen Sitzungen dringen Details oft erst Jahre, manchmal Jahrzehnte später an die Außenwelt. Alles, was hier beredet wird, erhält die höchste Sicherheitsstufe: „Top Secret SCI“, das bedeutet: „Sensitive Compartmented Information“, im allerhöchsten Maße sensibel.

Neben dem Präsidenten, zur Linken, sitzt sein Sicherheitsberater General James Jones, rechts hat Vizepräsident Biden seinen Stammplatz. Verteidigungsminister Robert Gates und Außenministerin Hillary Clinton, aber auch die hochrangigen Generäle und der CIA-Chef haben ihren Platz

BISLANG WAR OBAMA EIN ANKÜNDIGUNGS-, VERSPRECHENS- UND WOHLFÜHLPRÄSIDENT.

am Tisch. An den Wänden hängen Monitore, die Befehlshaber aus aller Welt können zugeschaltet werden. Der Einzige, der einen eigenen kleinen Monitor vor sich hat, ist natürlich der Präsident.

Die Stimmung sei angespannt, berichtete Hillary Clinton Mitte der Woche. Es sei tröstlich, dem Verteidigungsminister Gates gegenüberzusitzen, denn der habe Humor, „das macht die Sache erträglicher“, sagte sie. In Wahrheit ist der Afghanistan-Krieg ja längst ein Afghanistan-Pakistan-Krieg geworden.

„Als US-Präsident hat Obama ein neues Klima in der internationalen Politik geschaffen. Multilaterale Diplomatie ist wieder ins Zentrum gerückt. Dialog und Verhandlungen werden als vorrangiges Mittel angesehen, um selbst die kompliziertesten internationalen Konflikte zu lösen.“ So formuliert es das Komitee, und dann: „Demokratie und Menschenrechte gewinnen an Stärke.“

Tun sie das wirklich? Oder sollen sie nun an Stärke gewinnen? Beschreibt das Komitee nicht viel weniger einen Zustand als die eigenen Wünsche? Ist dieser Preis nicht eher Auftrag als Auszeichnung, eine Bitte also oder gar ein Befehl, weil der US-Präsident bislang ja noch nicht viel mehr ist als ein Ankündigungs-, Versprechens- und Wohlfühlpräsident, eine Symbolfigur, die nur taktisch geschickt von einer internationalen Krise zur anderen gleitet?

„Strategisches Denken ist bisher der Schwachpunkt dieser Regierung“, hat der Kolumnist David Ignatius noch am Vorabend der Nobelpreisankündigung in der „Washington Post“ geschrieben.

Und es stimmt ja: Falls da schon ein langfristiges außenpolitisches Konzept Obamas zu erkennen ist, dann liegt es wohl in der Balance von Rechten und Pflichten, die er immer wieder hervorhebt. Obama verlangt die Einhaltung internationaler Normen; er redet wie ein Welt-Präsident, wie der wahre Chef der Vereinten Nationen.

Das Problem: Kann er diesen programmatischen Absichten wirklich Taten folgen



XINHUA / ACTION PRESS

Redner Obama vor der Uno: „Neues Klima in der internationalen Politik“

lassen? Muss er nicht all die Gutwilligen, die ihm folgen, zwangsläufig enttäuschen, weil er so konsequent wie versprochen niemals sein kann? Kann noch Idealist sein, wer dem Dalai Lama den Handschlag verweigert, weil er China nicht brüskieren will?

Natürlich gibt ein Friedensnobelpreis Rückenwind, weil viele Amerikaner sich seit Jahren nach neuer Anerkennung sehnen. Aber er ist auch gefährlich. So beliebt Obama in der Welt ist, so verhasst ist er in Teilen seiner Heimat, eine Reizfigur, das Ziel von Aufrufen zum Mord. Ein internationaler Preis verstärkt den Spott jener, die Obama für zu weich halten, für unpatriotisch.

Laut sind die Gegner. Schrill. Auf der Fifth Avenue in New York stehen sie, direkt vor dem Rockefeller Center, und verteilen Fotos, die Obama mit Hitler-Bärtchen zeigen, als Muslim, vor sowjetischer Flagge.

Verehrt von der Welt, angefeindet im eigenen Land – in diesem Spannungsfeld wird Barack Obama versuchen müssen, den Auftrag zu erfüllen, der in diesem Preis liegt.

Nirgendwo ist der Anspruch Obamas höher als in der Außenpolitik, für die er nun ausgezeichnet wird. Das Nobelpreiskomitee würdigt das Beginnen und will das andere, das zivile Amerika mit seiner Preisvergabe ermuntern.

Nicht der Vollzug des Friedens wird belohnt, sondern der Versuch. Und das in einer Zeit, in der dieser Versuch von Amerikas Eliten längst wieder in Frage gestellt wird.

Die amerikanische Generalität fordert die massive Ausweitung des Krieges in Afghanistan. Die Experten, auch die im Nationalen Sicherheitsrat des Weißen Hauses, haben die von Obama ausgerufene „Neue Ära des Engagements“ schon wieder zurückgestuft.



ALEX WONG / GETTY IMAGES

Präsident Obama*
Mehr Auftrag als Auszeichnung

Das Gesprächsangebot an die Rivalen und Gegner der USA sei nur ein Strang der US-Außenpolitik. Der andere bestehe auch künftig im Drohen, im Verhängen von Wirtschaftssanktionen und, auch dies, im Werfen von Bomben. „Zweigliedrige Politik“, so nennt man das im State Department, dem Außenministerium der USA. Obama sagt gern: „Alle Optionen sind auf dem Tisch“, alle, auch militärische.

Mit dem Nobelpreis zeichnet das Komitee darum eher Obamas friedfertige Grundhaltung aus, die sich im Wahlkampf und in den ersten Monaten seiner noch jungen Amtszeit so wohltuend von Vorgänger George W. Bush unterschied.

Diese Obama-Welt ist lichtdurchflutet. Sie bietet Chancen und Möglichkeiten. Die Hände sind ausgestreckt zum Gespräch, nicht zur Faust geballt. Auf dem Dach des Weißen Hauses war eine Friedenstaube gelandet.

Eine „neue Ära des wechselseitigen Engagements“, so überschreibt er die Außenpolitik dieser bescheiden gewordenen Weltmacht USA. Sein erstes Interview gab er einem arabischen TV-Sender. Amerika ist nicht euer Feind, rief er. Dann flog er nach Kairo.

60 Millionen Menschen waren zugeschaltet; über Radio, Fernsehen, im Internet und per SMS erfuhren sie von einer Botschaft, die von Versöhnung und Toleranz handelte. Er sei gekommen, um Respekt zu bezeugen, sagte er. Er stellte den Muslimen, die in 48 Staaten die Bevölkerungsmehrheit stellen, ein Ende des Kul-

* Bei seiner Rede nach der Verkündung des Friedensnobelpreiskomitees am 9. Oktober.



PETE SOUZA / WHITE HOUSE

Oberbefehlshaber Obama, US-Soldaten in Bagdad: Ära des wechselseitigen Engagements

turkampfes in Aussicht: „Der Kreislauf von Verdächtigungen und Uneinigkeit zwischen der islamischen und der westlichen Welt muss beendet werden.“

Immer wieder fiel das Wort „Respekt“. Alle im Saal applaudierten.

Und natürlich, die Welt war beeindruckt. Der Mann mit der „silbernen Zunge“ („Economist“) hatte sein Spiel eröffnet. Weitere „major speeches“, so nennt das Weiße Haus die Grundsatzreden Obamas, folgten.

In Prag verkündete Obama sein Ziel einer atomwaffenfreien Welt. Er sei nicht naiv, sagte er, dieses Ziel werde nicht morgen und wahrscheinlich nicht einmal während seiner Präsidentschaft erreicht, das aber ändere nichts am Ziel: Die Existenz Tausender Atomwaffen sei das gefährlichste Erbe des Kalten Krieges. In den Jubel der 20 000 Zuhörer hinein machte er allen Verzagten Mut: „Wir müssen die Stimmen ignorieren, die sagen, die Welt könne sich nicht ändern. Wir müssen insistieren: Yes, we can!“

Die Schwierigkeit dieser Präsidentschaft liegt nicht in Obamas Charakter begründet, auch nicht in seiner Hautfarbe, sondern in der Tatsache, dass die heutige Welt sich oft spiegelverkehrt zu diesen Reden verhält: Ihr Charakter ist gewalttätig, zuweilen unmenschlich und gemein. Obamas

Worte und die Welt, wie sie ist, passen ziemlich oft nicht recht zusammen.

Auch die Drahtzieher von Terror und Aufrüstung halten Nachdenklichkeit für eine Schwäche. Da sind sie eher wie Bush, denn auch für sie sind Worte eine weiche Währung. Während Obama auf das Argument vertraut, würden sie lieber auf die Atomwaffe setzen oder, solange die nicht zur Hand ist, auf den Sprenggürtel für Selbstmordattentäter.

Die Skepsis begleitete ihn vom ersten Tag an, auch die Skepsis aus dem eigenen Lager. Naiv, so nannten ihn auch die Clintons.

Aber Obama mag weiche Reden halten, zäh ist er trotzdem. Er kann einstecken, Angriffe aushalten, stoisch und störrisch ist er unter Feuer, und so kämpft er um die Übersetzung seiner Vision in die Wirklichkeit, auch wenn diese sich als widrig erweist. Es ist zu früh, um zu sagen, wer diesen Kampf gewinnen wird, denn die Probleme sind groß und überall. Einen Obama-Kredit gab es in Oslo, aber sonst nirgendwo.

Seit seinem Amtsantritt haben Taliban und al-Qaida-Kämpfer fast 400 Amerikaner getötet. Die Israelis hörten seine dringenden Bitten und begannen doch mit dem Bau von neuen Siedlungen. Iran gab die

Existenz einer zweiten Aufbereitungsanlage für Nuklearmaterial bekannt. Nordkorea testete Raketen. Und in Pakistan wendet sich die militärische Elite von den USA ab.

Selbst auf einige Nato-Partner aus Europa kann sich der Präsident Nummer 44 nicht verlassen. Sie Herzen und Knuffen ihn, sie posieren gern mit ihm für die Fotografen, weil es ihnen daheim hilft. Aber im Kampf gegen die Terroristen wollen sie lieber nicht an seiner Seite stehen. Um 21 000 zusätzliche Soldaten stockt das Pentagon seine Truppen am Hindukusch auf.

Vor allem die Taliban erweisen sich als zähe Gegner, die Amerika ernsthaft in Bedrängnis gebracht haben. Seit acht Jahren wütet der Krieg in Afghanistan, und die Religionskrieger stehen stolzer da als je zuvor: Geländegewinne im Süden melden die Taliban, im Norden gibt es auch keine guten Nachrichten, nur neue Unsicherheit, und dank der Riesenernte auf den Mohnfeldern helfen die Heroinsüchtigen des Westens die Kriegskasse des Feindes zu füllen. 90 Prozent der weltweiten Opiumproduktion stammen 2009 aus Afghanistan.

Auch die dortige Bevölkerung ist umgeschwenkt: Sie unterstützte zu 70 Prozent die Taliban, sagt eine von Amerikanern



GORAN TOMASEVIC / REUTERS

US-Marineinfanterist in Afghanistan: *Ein großer Präsident muss siegen können*

bezahlte Meinungsumfrage, es waren mal weit weniger als die Hälfte. Von Steinzeitkriegeren spricht längst niemand mehr in Washington. Wenn Verteidigungsminister Robert Gates die frommen Kämpfer im Bergland zwischen Afghanistan und Pakistan erwähnt, schwingt neuerdings Respekt mit. Seine Niederlagen sind ihre Siege.

Die Mudschahidin hätten die eine Supermacht, die Sowjets, besiegt und wollten es nun der zweiten Supermacht, den Amerikanern, ebenfalls zeigen, sagte Gates an der George-Washington-Universität am Montagabend der vergangenen Woche. Wenn ihnen das gelänge, würde ihre Ideologie mit neuer Energie aufgeladen. Alles sei dann noch einfacher für sie, das Verpflichteten neuer Kämpfer und das Geldeintreiben bei den reichen muslimischen Herrscherfamilien.

Ihre Chancen stünden derzeit nicht schlecht, murmelte der kleine, stämmige Mann. Stille im Audimax. Und in das Schweigen hinein schiebt Gates jenen Satz, den auch sein Oberkommandierender in Afghanistan, General Stanley McChrystal, schon gesagt hat: „Wir müssen die Dinge so sehen, wie sie sind, und nicht so, wie wir sie uns wünschen.“ Hillary Clinton saß neben ihm und nickte.

Die Chefdiplomatin und der Verteidigungsminister also. Sie reden von Schwierigkeiten und Rückschlägen, der möglichen Niederlage. Hoffnung? Nein, Melancholie. Selten klang Amerika so ernst, so wenig optimistisch. Vision und Wirklichkeit sind noch nicht miteinander versöhnt.

Gern würde sich die amerikanische Bevölkerung aus den diversen Kriegsgebieten

AMERIKA MAG AUSSENSEITER, ABER FÜR VERLIERERTYPEN HAT ES NICHT VIEL ÜBRIG.

zurückziehen, das melden die Meinungsforscher. Die ewigen Todesmeldungen haben das Land kriegsmüde gemacht. Aber Obama weiß, dass er dieser Stimmung nicht nachgeben darf. Das würde die Sicherheit des Landes gefährden und seiner Präsidentschaft nichts nützen. Was die Wähler George W. Bush übelnahmen, war nicht das Kriegführen an und für sich, sondern das erfolglose Kriegführen.

Wer ein großer amerikanischer Präsident sein will, muss siegen können. Das galt früher und gilt auch im heutigen Ame-

rika. Franklin D. Roosevelt hat Hitlers Wehrmacht in die „bedingungslose Kapitulation“ getrieben und ging als Nationalheld in die Geschichte ein. Ronald Reagan brachte die Sowjetunion zum Implodieren und genießt seither Kultstatus, selbst unter Demokraten.

Präsidenten, die ihrem Volk Niederlagen zumuteten, wurden schon zu Lebzeiten geächtet. Es nützte Lyndon B. Johnson nichts, dass er den Vietnam-Krieg von John F. Kennedy geerbt hatte. Die sich abzeichnende Niederlage zwang Johnson in die Knie.

Amerika mag Außenseiter, aber für Verlierertypen hat es nicht viel übrig. Jimmy Carter wurde 1980 abgewählt, und der Friedensnobelpreis von 2002 war für ihn nur ein bitterer Trost; seine Vision wurde ausgezeichnet, nicht seine Leistung.

Natürlich will Obama kein zweiter Jimmy Carter sein. Er legt zunehmend Wert darauf, dass seine Friedfertigkeit nicht mit Gutgläubigkeit verwechselt wird. Er hat den Wählern versprochen, ein Sieger zu sein, kein Triumphator wie Bush, kein Sadist wie Cheney, aber doch ein Mann, der Feinde als Feinde zu erkennen vermag und sie – wenn Besserung nicht möglich ist – zur Strecke bringt.

Der gleichermaßen Ausgezeichnete wie Geschmähte befindet sich in der wohl



Demonstration zur geplanten Gesundheitsreform in Los Angeles am 11. August: „Ist er überhaupt Amerikaner?“

schwierigsten Phase seiner noch immer sehr frischen Präsidentschaft. In Afghanistan und Pakistan will er die Dinge wenden. Dieser Krieg sei ein „notwendiger Krieg“, sagte er, „that’s the war we have to win“, der Krieg, den wir gewinnen müssen. Er wird dieses Versprechen nicht auf die Schnelle einlösen können und vielleicht nie, das weiß er inzwischen. Sein Versprechen überfordert ihn, weil es jeden US-Präsidenten überfordern muss. Amerika führt schließlich einen Mehrfrontenkrieg, den es nicht gewinnen kann und den es dennoch nicht verlieren darf.

Der Krieg gegen islamistische Terroristen ist ja ein Krieg neuen Typs, genauso wenig zu gewinnen wie der Krieg gegen die Mafia, die Drogenkartelle oder der gegen Kinderpornografie. Er muss, wie jene Kriege auch, geführt werden. Das Ziel ist darum nicht so sehr das Erringen eines Sieges, sondern das Verhindern einer Niederlage, das verstehen Politiker und ihre Berater, aber das Volk begreift diese neue, die permanente Form des Krieges nicht. Niemand hat sie dem Volk erklärt, auch nicht der Oberbefehlshaber und Obererklärer Obama.

Gates versuchte es an jenem Montagabend vor den Studenten in Georgetown. Die Gelegenheit schien günstig, weil das junge Publikum ihm gewogen war. Der Verteidigungsminister genießt die Achtung der Studenten, weil er schon in der Bush-Regierung zu den Nachdenklichen zählte. „We will not kill or capture our way to victory“, wir werden uns nicht zum Sieg töten

oder Gefangene nehmen, sagte er schon vor Jahren.

Er spreche nicht gern in den Kategorien von „Sieg“ und „Niederlage“, sagte Gates nun, es war ein bemerkenswerter Satz für den Chef der modernsten Armee der Welt. Dieser Krieg sei kein klassischer Krieg, der sich mit Mörsern und Handgranaten gewinnen lasse. Deshalb sitze er hier mit der Außenministerin, deshalb kooperierten Diplomaten, Aufbauhelfer und Soldaten miteinander. Von 300 auf 1000 habe man gerade die Zahl der zivilen Aufbauhelfer in Afghanistan aufgestockt. „Smart Power“ nennt die Obama-Regierung dieses Konzept.

Es klingt milde.

IN WASHINGTON WIRD OFFEN ÜBER LUFTSCHLÄGE GEGEN IRANS ATOMFABRIKEN DISKUTIERT.

Es klingt nach einer guten Begründung für einen Friedensnobelpreis.

Der einzige Nachteil des Konzepts ist, dass es bislang nicht aufgeht. Darum wünschen sich die Generäle ja weitere 40000 Soldaten zusätzlich zu den bisherigen 65000.

Innerhalb des engsten Führungskreises um Obama gibt es in dieser Frage keine Einigkeit. Vizepräsident Biden wirbt für ein Abschmelzen der Truppen und der Ambitionen; die Armee solle Terroristen jagen, aber nicht mehr ferne Länder aufbauen.

Gates hingegen unterstützt seinen General. Obama, sagte der Verteidigungsminister, habe nun die wichtigste Entscheidung seiner Amtszeit zu treffen. Geht es nach dem Willen der Armee, dann soll Obama zum Kriegspräsidenten werden.

Der Nobelpreis wirkt in dieser Situation wie ein trotziger Zwischenruf. Die Friedfertigen dieser Welt fordern den US-Präsidenten zum Kurshalten auf. Es ist auch ein Preis gegen die Maßlosigkeiten des Militärs, das seit Wochen versucht, den noch unerfahrenen Amtsinhaber in die militärische Richtung zu drängen. Wenn er in Afghanistan nicht massiv aufrüstet, werde das Land sich in Chaotistan verwandeln, sagte General McChrystal. Eine präsidiale Entscheidung, die seinem Wunsch nicht folge, sei „unweise“.

Es war ein dreister Auftritt, öffentlich, und dass Obama ihn nicht entließ, weil er McChrystal ja gerade erst berufen hatte, deuteten natürlich wieder viele in Washington als Zaghaftigkeit.

In Iran läuft ein ähnlicher Film, nur in einem früheren Stadium. Noch wird dort geredet, verhandelt, gedroht, doch das Regime der Ajatollahs ließ sich davon bislang nicht beeindruckt. In Washington wird offen über Luftschläge gegen die Nuklearfabriken diskutiert. Friedfertigkeit, sagen selbst Berater des Präsidenten, führe nicht zum Ziel.

Verantwortungsbewusste Männer wie Martin Indyk, einst Clintons Botschafter in Israel und heute Vizepräsident der Denkfabrik Brookings, raten dem Präsidenten, keine Option auszuschließen. Das



MAX WHITTAKER / WPN / AGENTUR FOCUS

Obdachlosenlager bei Fresno, Kalifornien: Skepsis seit dem ersten Tag seiner Amtszeit

Pentagon entwickelt eine neue Bunkerbombe, die dann zum Einsatz kommen könnte, wenn es gilt, die Nuklearanlagen Irans zu sprengen.

Und auch der Präsident ist härter geworden. Der Friedenswunsch ist geblieben, aber ein bisschen verblasst, denn ein robuster Pragmatismus ist nun die Maxime des Präsidenten. „Ihr werdet einen Präsidenten erleben, der zuhört“, hatte Obama der Welt zum Amtsantritt versprochen. „Wir reden nicht um des Redens willen“, entfuhr es einem ungeduldigen Obama neulich beim Pressegespräch im Weißen Haus, als er die gerade beendeten Genfer Atomgespräche mit Iran kommentierte.

Die Ernsthaftigkeit hat sich in seine Gesichtszüge eingegraben. Die kurzen Haare ergrauen. Die Sanftheit seiner Stimme verschwindet allmählich. Der Präsident ist dabei, ein anderer zu werden als der, der er sein wollte. Der Nobelpreis könnte ihn daher auch an die eigenen Träume erinnern. Nein, natürlich ist er nicht so sehr Auszeichnung, eher eine Anrufung.

Das Friedensnobelpreiskomitee hat eine Idee ausgezeichnet, eine Phantasie. Und es hat sich ein wenig auch selbst geehrt: die eigenen Ansprüche, die eigene Existenzgrundlage. Dass sie damit einen Kulturkampf in den USA schüren würden, wird den Herren von Oslo eher egal gewesen sein.

Das konservative Amerika traute seinen Ohren nicht, als es am Freitagmorgen, 263 Tage nach Beginn der Präsidentschaft Obamas, von der Preisverlei-

hung erfuhr. „Wofür?“, fragte das „Wall Street Journal“ auf seiner Web-Seite.

„Ich dachte erst, das sei ein Scherz“, entfuhr es Michael Gerson, einem Redenschreiber der Bush-Regierung. Das Komitee in Oslo habe die Medaillen vergeben, bevor das Rennen eröffnet sei. Obama habe eine Trophäe für das Wollen bekommen, nicht für das Werk.

In einer offiziellen Erklärung des Republikanischen National-Komitees heißt es: „Was hat Präsident Obama eigentlich geleistet?“ Eines sei doch offensichtlich: Obama verdiene keinen Preis für das Schaffen von Arbeitsplätzen, keinen Preis für eine solide Finanzpolitik und erst recht keinen Preis dafür, dass er seine Rhetorik nicht in Taten umsetzt. Dann trat der heimliche

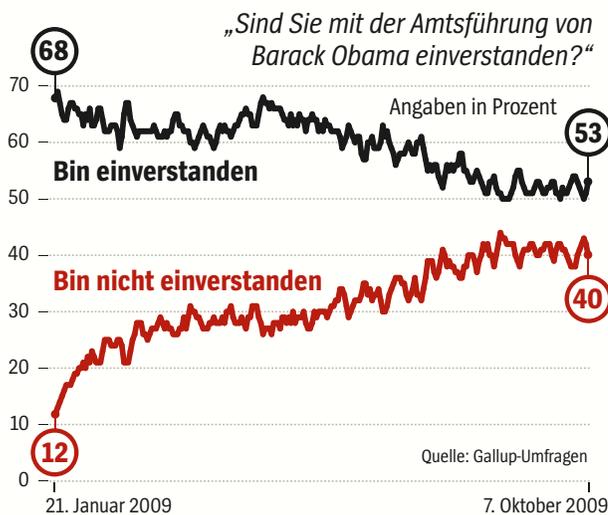
Chef der Republikaner auf, der Radiomoderator Rush Limbaugh: Diesen Preis zu gewinnen sei „eine größere Peinlichkeit, als die Olympischen Spiele zu verlieren“. Die Welt wolle die USA entmannen, so Limbaugh, sie „liebt geschwächte, kastrierte Vereinigte Staaten“.

Es ist eine Schlacht geworden, schon jetzt. Es ist Hass. Es geschieht etwas in Amerika, das manchen Beobachtern Angst macht. Ihn erinnere das an Israel in den Monaten vor der Ermordung Jizchak Rabins, schrieb Thomas Friedman in der „New York Times“.

Es gehen viermal so viele Morddrohungen gegen Obama ein wie einst gegen Bush. Es finden sich offene Aufrufe zum Mord in Internet-Netzwerken. Da ist die

„Tea Party“-Bewegung, da treffen sich weiße Hausfrauen und zweifeln die Legitimität dieses Präsidenten an: „Ist er überhaupt Amerikaner? Ist er nicht in Kenia geboren? Ein Muslim?“ Es geht, letztlich, immer um zweierlei: Ist Obama einer von uns? Und ist dies noch unser Land?

Neu ist der amerikanische Hass nicht, es gab ihn schon, als Franklin D. Roosevelt sich für die Arbeiter der USA einsetzte. Es gab ihn, als Bill Clinton im Weißen Haus war. Neu aber ist die Schärfe, neu ist die Tonlage, und das alles hat



viel mit der Art dieser Präsidentschaft zu tun.

Obama hat in diesen ersten Monaten einen neuen Politikstil mit zwei wesentlichen Merkmalen entwickelt. Er jongliert die Themen und bestimmt sie dadurch, er geht von Afghanistan zur Gesundheitsreform und weiter zum nächsten oder wieder zurück; alles ist gleichermaßen wichtig, nichts bleibt zu dominant, die zehn wichtigsten Fragen scheinen allgegenwärtig zu sein, er scheint sie gleichzeitig anzugehen. „Shuffle President“, so nennen ihn seine Leute, der Spitzname ist vom „iPod Shuffle“ abgeleitet, der mal dieses und mal jenes Lied spielt. Das ist das eine.

Das andere Merkmal ist Obamas Omnipräsenz. Ständige Pressekonferenzen mit vorher festgelegten Fragen, ständige Pressebriefings seines Sprechers Gibbs, Fernsehinterviews, Talkshows, Townhall-Reden, Reden in Kairo, Berlin, New York, dazu ständige Mails seiner Helfer lassen ihn niemals verstummen. Obama ist anwesend, immer, und darum hat er immer das letzte Wort. Er ist der erste Präsident des Facebook-Zeitalters, einer, der im Minutentakt seine Status-Updates in die Welt jagt.

Beide Merkmale der Obama-Administration ersticken die Opposition. Beides nimmt ihr die Luft, die Themen, die Stimme, bislang auch die Figuren, die irgendwann gegen Obama antreten könnten.

Dazu kommt, dass der Präsident das Land ernsthaft verändern will. Der Versuch, eine Krankenversicherung auch für jene 45 Millionen nichtversicherten Amerikaner zu erreichen, ist längst zu einer Schlacht ums wahre Amerika geworden, derart hitzig, dass der Präsident sich vor dem Kongress den Schrei „You lie!“ von einem Republikaner anhören musste.

Es geht bei alledem um die Angst vor Umverteilung; die Angst, dass dieses uramerikanische Selbstverständnis, nach dem jeder alles erreichen kann, aber auch ganz und gar allein für sich verantwortlich ist, von der Regierung Obama aufgekündigt wird. „Es gab in Amerika nie eine erfolgreiche linke Bewegung, es gibt darum kein Gefühl dafür, was ein moderner Wohlfahrtsstaat bedeuten kann“, sagt der deutsche Politologe Manfred Henningsen, der seit 40 Jahren in Obamas Geburtsstaat Hawaii lebt und lehrt, „und daher rührt dieses Denken, dass jede Solidarität un-amerikanisch sei.“

Das alles macht Obamas Gegner wütend. Maßlos wütend. Und paranoid.

Sie zweifeln seine Geburtsurkunde an, zeichnen ihn mit Stammeskostüm und einem Knochen, der durch die Nasenflügel geführt ist. Obama sei die perfekte Zielscheibe für die extreme Rechte, sagt der New Yorker Autor Sam Tanenhaus („The Death of Conservatism“), weil er mit seiner Universitätslaufbahn „das ewige Klischee vom elitären Ostküstenpolitiker bedient, der keine Bindung zum harten weißen Kern des angeblich wahren Amerika hat“, hinzu komme die Hautfarbe, hinzu komme das Ziel, jene zu schützen, die nach dem Verständnis der weißen Rechten keinen Schutz verdienen, weil sie „faul und schwarz“ seien.

Für Europäer wirkt es ein wenig befremdlich, wie sich dieses Land selbst lähmt. Wie langsam der Kongress ist, wie er sich aufhält mit den immergleichen Schlachten. So ritualisiert. Und für Tanenhaus ist es „besorgniserregend, dass wir dabei sind, nach Clinton und Bush nun schon den dritten Präsidenten in Folge grundsätzlich in Frage zu stellen, also nicht mehr seine Politik zu diskutieren, sondern seine Legitimität anzuzweifeln“.

1906
Theodore Roosevelt
USA



AP

1919
Woodrow Wilson
USA



AP



MOHAMMAD SABER / AFP

1926
Aristide Briand
Frankreich
Gustav Stresemann
Deutschland



RUE DES ARCHIVES / SV-BILDDEIENST



DPA

1971
Willy Brandt
Deutschland



STEPHAN SCHRAPS

1978
Menachem Begin
Israel
Anwar al-Sadat
Ägypten

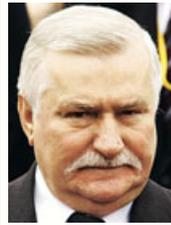


HAAS / SIPA PRESS



GETTY IMAGES

1983
Lech Walesa
Polen



STEFANO SPAZANI / INTERTOPICS

Verständigung zwischen den Völkern

Spitzenpolitiker, die den Friedensnobelpreis erhalten haben



JOHN HRUSA / PICTURE-ALLIANCE / DPA



AP



NORBERT MILLAUER / DDP



DPA PICTURE-ALLIANCE / POLITIKERS PRESSE FOTO



7. JUILLET S.A.R.L. / ACTION PRESS



MYUNGGU HAN / ARACA



HAYFESTIVAL.COM / REUTERS



LEONHARD FÖGGER / REUTERS



IMAGO STOCK&PEOPLE

1990
Michail Gorbatschow
Sowjetunion

1993
Nelson Mandela / Frederik Willem de Klerk
Südafrika

1994
Jassir Arafat
Palästina
Schimon Peres / Jizchak Rabin
Israel

2000
Kim Dae Jung
Südkorea

2002
Jimmy Carter
USA

2008
Martti Ahtisaari
Finnland

2009
Barack Obama
USA



PETE SOUZA / WHITE HOUSE / SIPA

Hausherr Obama, Familienhund Bo: Lichtdurchflutete Welt

Das ist der Kontrast: Die Welt ehrt Obama, in der Heimat ist er zu einem Feinbild geworden.

Bei den Konservativen sitzt das Misstrauen gegenüber den Preisverleihern von Oslo ja ohnehin tief, weil die ihrem Helden Ronald Reagan, der die Sowjetunion ohne einen Schuss bezwang, wie sie so gern sagen, die Auszeichnung verweigerte. Reagan und nicht Obama habe den Preis wirklich verdient, hieß es am Freitag beim konservativen Nachrichtenkanal Fox News.

Und ein Präsident, der mit neugierigem Blick auf die Welt schaut und zunächst jedermann Gespräche anbietet, bedeutet für das konservative Amerika sowieso eine Zumutung. Während Obama den Europäern ein Lächeln aufs Gesicht zaubert, lässt er die Konservativen Amerikas frösteln. John Bolton, einer der größten Falken unter den Bush-Vertrauten, behauptet allen Ernstes, dass „Menschen, sehr eng am Präsidenten“, daran arbeiten würden, die amerikanische Unabhängigkeit zugunsten einer Weltregierung aufzugeben.

Dass er mit den „Feinden Amerikas“ Gespräche führen will – also zum Beispiel mit dem Machthaber in Venezuela oder dem Präsidenten in Teheran –, sehen Republikaner als gefährliche Aufwertung von Despoten. Eine Partei, die einst pragmatische Außenpolitiker wie Henry Kissinger und James Baker hervorbrachte, hat sich auf Ideologie verlegt. „Krachmacher“ nennt der liberale Fernsehjournalist Chris Matthews die heutigen Konservativen.

Was das Nobelpreiskomitee an Obama schätzt – Bescheidenheit im Auftritt und im Anspruch –, erscheint den Konservativen

als Verrat amerikanischer Interessen. Obama habe in Kairo „die arabische Welt so gutgeheißen, wie sie ist, als Herrschaft des einen über die vielen“, sagt Danielle Pletka, Vizepräsidentin für Sicherheitspolitik im konservativen Think Tank des American Enterprise Institute. Obama habe in seiner Rede „das Denken der Führer dieser Region übernommen und sich auf die Rhetorik unserer Gegner eingelassen“. Solcherlei Selbstverleugnung werde sich rächen.

Bei keinem anderen Thema erzielten die Rechten größere Wirkung als mit ihrer Kritik an Obamas Israel-Politik: 329 US-Abgeordnete unterzeichneten einen Brief, der die Regierung zur „engen und persönlichen Zusammenarbeit mit Israel“ ver-

AUCH DAMALS BEI WILLY BRANDT WAR DER FRIEDENSNOBELPREIS APPELL UND ERMUNTERUNG.

pflichten will. Dass Obama einseitige Vorleistungen von der israelischen Regierung forderte, halten sie für einen Sündenfall.

Ein ganzes Heer von Organisationen und Web-Seiten, von Magazinen und Veranstaltern lebt vom Hass auf Obama. Einer von ihnen ist Joseph Farah, der die Web-Seite WorldNetDaily gegründet hat und betreibt.

Wenn er gefragt wird, was ihn an Obama störe, muss er tief Luft holen. Die Antwort, die er am liebsten geben würde, lässt sich wahrscheinlich nur in Stunden be-

messen, denn Farah ist randvoll mit Unwohlsein. Wo soll er beginnen, wo enden bei einem Mann, dessen Berechtigung, Präsident der USA sein zu dürfen, er schon anzweifelt.

Farah will die Geburtsurkunde sehen. Er fragt sich, warum kein Arzt und keine Hebamme sich an diese Geburt erinnern kann. Er spricht es dem gewählten Präsidenten ab, für Amerika sprechen und für Amerika entscheiden zu dürfen.

In der Außenpolitik sieht Farah einen Politiker am Werk, dessen einziges Ziel es ist, populär zu sein. Deswegen zögere Obama auch, im Afghanistan-Krieg den Einsatz zu erhöhen.

Obama verletze die Verfassung, weil er den Staat ausbaue wie kein Präsident vor ihm. „Big, big government“ nennt Farah das. Dass Obama nur eine Amtszeit durchhält, ist für ihn ausgemachte Sache. Schon heute, glaubt er, würde er nicht wiedergewählt, sagt Joseph Farah.

Barack Obama hatte am vergangenen Freitag vier Stunden Zeit, um sich vorzubereiten auf seine erste Rede als Friedensnobelpreisträger.

Was sagen? Triumphieren?

Seine Helfer kamen ins Weiße Haus, blau war der Himmel über Washington nun. „Es ist nicht der 1. April, oder?“, sagte einer.

Bei MSNBC trat David Axelrod auf, Obamas engster Vertrauter. Er sagte, der Friedensnobelpreis sei „eine Ehre und nichts, womit jemand gerechnet hat. Und sicher nichts, wonach der Präsident gefragt hat. Er ist weniger an individuellen Auszeichnungen interessiert“. Rahm Emanuel



Ehepaar Obama im Weißen Haus: „Die Dinge so sehen, wie sie sind“

trat auf. Vor wenigen Tagen war der Stabschef des Weißen Hauses noch arg zerzaust gewesen, weil Team-Obama die Olympia-Bewerbung Chicagos so irrwitzig falsch eingeschätzt und den Präsidenten in Dänemark in eine üble Niederlage gejagt hatte. Er hatte gerade schwimmen gehen wollen, als er die Nachricht hörte, sagte Emanuel. „Oslo schlägt Kopenhagen“, habe er seiner Frau gesagt.

Aus aller Welt drangen die Stellungnahmen nach Washington. Es gehört ja zu diesem Preis, dass seine Träger umstritten sind. Das war bei Michail Gorbatschow so, natürlich bei Henry Kissinger und bei Jassir Arafat sowieso. Diesmal meldete sich ein Taliban-Sprecher namens Zabihullah Mujahid laut Nachrichtenagentur Reuters „telefonisch von einem geheimgehaltenen Ort“ und sagte: „Friedensnobelpreis? Obama hätte den Nobelpreis für die Eskalation von Gewalt und das Töten von Zivilisten bekommen sollen.“

Und Lech Walesa, Friedensnobelpreisträger von 1983, sagte: „Zu früh. Er hat bisher nichts beigesteuert.“

Das Komitee in Oslo setzte einen anderen Maßstab an. Thorbjörn Jagland, der Vorsitzende des Nobelpreiskomitees des norwegischen Parlaments, sagte: „Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist, ob irgendwer im vergangenen Jahr mehr für den Frieden in der Welt getan hat als Barack Obama.“ Und die Antwort? Dann verglich Jagland Obama mit Willy Brandt,

der ja auch „noch nicht viel erreicht hatte, als er den Preis bekam, doch einen Prozess begonnen hatte, der mit dem Fall der Berliner Mauer endete“.

Der Deutsche Bundestag erörterte an jenem 20. Oktober des Jahres 1971 gerade den Bundeshaushalt für das kommende Jahr, da unterbrach Kai-Uwe von Hassel die Sitzung. Er habe soeben ein Telegramm mit der Entscheidung des Nobel-Komitees erhalten, teilte der Bundestagspräsident dem Hohen Hause mit. Willy Brandt solle der Friedensnobelpreis verliehen werden.

„HAT IRGENDWER IM VERGANGENEN JAHR MEHR FÜR DEN FRIEDEN GETAN ALS BARACK OBAMA?“

SPD- und FDP-Abgeordnete erhoben sich spontan von ihren Sitzen. Nur wenige Mitglieder der konservativen Opposition schlossen sich ihnen an. Der Geehrte war sichtlich bewegt, hatte feuchte Augen, rief erst einmal seine Frau an. „Man wird in Zukunft bei manchen Texten etwas ...“, da suchte er für eine Weile nach dem richtigen Wort, und dann ging es weiter: „... landesväterlicher formulieren müssen.“

Brandt bekam den Friedensnobelpreis für seine Ostpolitik, die damals umkämpft

war; der Preis war Appell und Ermunterung, im Grunde war er eine mutige, aus Sicht der Opposition freilich unerhörte, Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik. In der Begründung des Komitees hieß es: Brandt habe die Hand zu einer Versöhnungspolitik zwischen alten Feindländern ausgestreckt. Sein Handeln diene dazu, Voraussetzungen für den Frieden in Europa zu schaffen.

Einige Voraussetzungen waren zum Zeitpunkt der Auszeichnung zu besichtigen. Das Komitee beförderte Brandts Vision, indem es sie auszeichnete. Politik wurde bewertet – und damit gemacht. Der Kniefall in Warschau im Dezember 1970 markierte dann den symbolischen Beginn der „Neuen Ostpolitik“.

Als Barack Obama dann vor die Kameras trat, mit blauem Schlips und blauem Anzug, kniff er die Augen zusammen und vergaß nicht zu erwähnen, dass er kein Friedensfürst, sondern der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte sei. Kein Lächeln. Er sei überrascht und demütig, sagte er, er verdiene diesen Preis noch nicht, er stehe nicht in einer Reihe mit all den Berühmten, die ihn gewonnen hätten. Er verstehe ihn als Aufruf zum Handeln.

Es war Obama kein Stolz anzumerken, keine Erleichterung, nichts als der Ernst der Weltlage. Und seiner eigenen.

KLAUS BRINKBÄUMER, GABOR STEINGART